

Fragen

**für die Fragestunde der 50. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. September 2006**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln)	7, 8	Dr. Hofreiter, Anton	13
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Behm, Cornelia	12	Kotting-Uhl, Sylvia	19, 20
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Fell, Hans Josef	16, 17	Lazar, Monika	5, 9
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Haßelmann, Britta	25, 26	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	4, 28
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Niebel, Dirk (FDP)	27
Hettlich, Peter	10, 11	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	21, 22
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Scheel, Christine	1, 2
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	6, 29	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Höhn, Bärbel	3, 18	Waitz, Christoph (FDP)	23, 24
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Wieland, Wolfgang	14, 15
		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Will der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, gegen den Beschluss von ARD und ZDF, vom 1. Januar 2007 für Computer und Handys mit Internetzugang eine Monatsgebühr von 5,52 Euro durch die GEZ erheben zu lassen, etwas unternehmen und ggf. was?

2. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hält es der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, für gerechtfertigt, dass Selbstständige nach der neuen Regelung auch für ihren gewerblich genutzten Computer die neue Gebühr zahlen müssen, und wie gedenkt er ggf. auf die Entscheidung der Rundfunkkommission der Länder einzuwirken, um die Gebühr abzuwehren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist aus der Erklärung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, er habe die Öffentlichkeit über die bayerischen Gammelfleischfunde vom 25. August 2006 deshalb erst am 1. September 2006 informiert, weil er erst habe klären lassen „ob man es mit einem größeren Geschehen zu tun habe“ der Schluss zu ziehen, dass die Bundesregierung in anderen Fällen eine Information der Öffentlichkeit über Funde verdorbener Lebensmittel unterlassen hat, die er nicht als „größeres Geschehen“ bewertete, und wenn ja, um welche Fälle handelte es sich dabei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

4. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Arbeit gegen Rechtsextremismus kontinuierlich weitergeführt werden muss und deshalb eine Verlängerung des Programms CIVITAS sinnvoll ist, und

sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass materiell, finanziell und personell zu stärken?

5. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen werden Veränderungen bei den Haushaltstiteln (CIVITAS, ENTIMON) im Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend auf die Trägerlandschaft bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten gegen den Rechtsextremismus haben?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Bleibt die Bundesregierung bei der in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Neue Regelungen zur Hochschulzulassung und zu Studienabschlüssen“ (Bundestagsdrucksache 16/2393) vertretenen Auffassung, dass für den Bund nach der Föderalismusreform keine Möglichkeit zur bundesweiten Regelung des Hochschulzugangs für Menschen mit Berufsabschluss besteht und sie demnach von ihrem im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben Abstand nimmt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Umsetzung der UN-Sicherheitsresolution 1706 (Sudan/UNMIS), und was unternimmt sie, um einen Genozid in Darfur/Sudan zu stoppen bzw. zu verhindern?

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung kriminalistisch und verfassungsrechtlich eine eventuelle Speicherung der Religionszugehörigkeit vor dem Hintergrund des Artikels 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 136 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung („Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.“)?
9. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Entwicklung im rechtsextremistischen Spektrum?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

10. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verbindlich ist die Vereinbarung zwischen der tschechischen und bundesdeutschen Regierung, von der Medien im August d. J. (die tageszeitung vom 28. August 2006) berichteten, dass die deutsche Seite an der Ober- und Mittelelbe eine bestimmte Mindestfahrrinntiefe gewährleistet und eine Staustufe in Tschechien unterstützt?
11. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die Vereinbarung im Hinblick auf diese beiden Inhalte wörtlich, und wie kann die Öffentlichkeit auf sie zugreifen?

*) Siehe hierzu auch Frage 5.

12. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung der in der Presse (DER TAGESSPIEGEL und Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22. August 2006) zitierten Einschätzung des zuständigen Bereichsleiters der Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz, Hans Moser, zu, dass ein Planungs- oder Baustopp für den Ausbau der Havel (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17) für die Einholung zusätzlicher Expertise nicht gerechtfertigt sei, obwohl Studien über Klimaveränderungen in Brandenburg, in deren Ergebnis die Wissenschaftler die Politik eindringlich auf den akuten Handlungsbedarf hinweisen, im Planungsverfahren keine Berücksichtigung fanden?
13. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Widerspruch zu erklären, dass in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Fünfjahresplan für die Bundesfernstraßen“ auf Bundestagsdrucksache 16/2202 darauf verwiesen wird, dass angesichts des derzeitigen Sachstandes noch keine konkreten Aussagen zur Aufnahme von Maßnahmen in den FJP und deren Investitionsstruktur getroffen werden können, gleichzeitig aber der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ulrich Kasparick, unter Verweis auf den Fünfjahresplan schon Zusagen über den Bau von Bundesstraßen macht?
14. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Entspricht die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „Tempelhof soll bleiben“ (B. Z. vom 31. August 2006: „Merkel-Machtwort“) der Auffassung der Bundesregierung trotz des offenkundigen Widerspruchs zur Äußerung des Sprechers der Bundesregierung vom gleichen Tage, der Bund stehe weiter dazu, den Flughafen Tempelhof wie geplant zum 31. Oktober 2007 zu schließen (DER TAGESSPIEGEL vom 31. August 2006)?
15. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundeskanzlerin und/oder die Bundesregierung unternommen, oder was werden sie unternehmen, um dieses Versprechen aus dem Berliner Wahlkampf umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

16. Abgeordneter
**Hans Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Erlaubnis zum Weiterbetrieb der in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke an die gleichen Bedingungen zu knüpfen, die die schwedische Regierung für die Wiederinbetriebnahme der schwedischen Atomreaktoren Forsmark 1 und 2 geknüpft hat?
17. Abgeordneter
**Hans Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in deutschen Atomreaktoren wie in Schweden seitens der Vattenfall-Tochter „Forsmark Kraftgrupp“ geschehen, sicherheitsrelevante Umbauten vorgenommen wurden, ohne dass die Aufsichtsbehörden darüber informiert wurden?
18. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung im Zuge der Beratungen über einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung von Perfluorooctansulfonaten (PFOS) für Ausnahmeregelungen eingesetzt, um die weitere Verwendung dieser Stoffe in der EU zu ermöglichen?
19. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach der Übernahme des Dualen Systems Deutschland (DSD) durch den Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts & Co (KKR) die vom DSD für den Fall einer Einstellung des Systembetriebes gebildeten Rückstellungen in Höhe von mehreren hundert Mio. Euro durch den neuen Besitzer entnommen wurden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Entnahme dieser Rückstellungen rechtswidrig wäre?
20. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass diese Gelder entweder für die ordnungsgemäße Rücknahme und Verwertung von Verpackungen eingesetzt werden oder an die Verbraucher zurückgegeben werden müssen, und plant die Bundesregierung gegebenenfalls Maßnahmen, damit dies jetzt und in Zukunft sichergestellt ist?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

21. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um das im Koalitionsvertrag angekündigte „sichtbare Zeichen“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, SPD, 11. November 2005, S. 114) gegen das Unrecht von Vertreibungen zu setzen, bzw. welche Schritte plant sie bis wann?
22. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Plant die Bundesregierung neben der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Deutschen Historischen Museums auch Inhalte der Ausstellung „Erzwungene Wege“ des Zentrums gegen Vertreibungen zu einem „Herzstück für künftiges Gedenken an Vertreibung“ (Pressemitteilung des Beauftragten für Kultur und Medien vom 18. Mai 2006) zu machen?
23. Abgeordneter
**Christoph
Waitz**
(FDP)
- Wie soll das neue Filmförderungsgesetz zum 1. Januar 2007 eingeführt werden, wenn das Beihilfungsverfahren in Brüssel, das zurzeit die Vereinbarkeit der geplanten deutschen Filmförderung mit Europarecht zum Gegenstand hat, nicht vor Anfang März 2007 abgeschlossen sein wird, und bedeutet diese zeitliche Diskrepanz, dass das Filmförderungsgesetz ohne vorherige Genehmigung aus Brüssel verabschiedet werden soll?
24. Abgeordneter
**Christoph
Waitz**
(FDP)
- Kommt es zu einer zeitlich verzögerten Einführung der neuen Filmförderung in Höhe von 60 Mio. Euro pro Jahr, und wenn ja, wann kann die Filmwirtschaft tatsächlich damit rechnen, dass der in Aussicht gestellte Betrag zur Verfügung steht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

25. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem sie in ihrem Entwurf zur Stellungnahme zum Fünften Bericht zur Lage der älteren Generationen in der Bundesrepublik Deutschland sagt, sie teile die Einschätzung der Kommission, dass Anreize zur Frühverrentung beseitigt und Maßnahmen zum Erhalt und

zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen auf den Weg gebracht werden müssen, die so genannte 58er-Regelung (§ 428 Drittes Buch Sozialgesetzbuch) aufzuheben, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

26. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung für eine Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor, deren rechtlichen Rahmen sie verbessern will, wie in der erwähnten Stellungnahme erklärt?
27. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass in den Jobcentern der Bundesagentur für Arbeit die auf zwei Jahre befristeten Arbeitsverträge, die zur Bewältigung der Arbeitslosengeld-II-Antragsbearbeitung abgeschlossen wurden, nicht mehr verlängert werden können, und welche Personalplanung verfolgt sie zukünftig?
28. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in der Praxis, dass Mehrbedarfe von ALG-II-Empfängern in der Regel unter Berufung auf die pauschalisierte Leistung abgelehnt werden, aber gleichzeitig bei einem Minderbedarf – z. B. bei einem Krankenhausaufenthalt – die pauschalisierte Regelleistung wegen der erfolgten Verpflegung um 35 Prozent gekürzt werden, und betrachtet die Bundesregierung Verpflegung als Einkommen?
29. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Modifikationen werden die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, in seiner Haushaltsrede angekündigten zusätzlichen Plätze zur so genannten Einstiegsqualifizierung Jugendlicher eingerichtet, um den Erkenntnissen der Begleitforschung Rechnung zu tragen?

